

19. Februar 2014

Bosnien: „Genug von den Aasgeiern!“

Fast 20 Jahre nach Kriegsende im alten Jugoslawien führen Privatisierung, „freie“ Märkte und der starke Einfluss der EU nicht nur im heutigen Bosnien-Herzegowina zu Arbeitslosigkeit, Hunger und Armut.

Katastrophale Lage

Eine neue Entlassungswelle Anfang Februar war der Auslöser für Massendemonstrationen in der nordostbosnischen Stadt Tuzla, die sich rasch über das ganze Land verbreitet haben. Es stehen schlagartig, durch die Ankündigung des Bankrotts von fünf großen Unternehmen, mehr als 10.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel und das bei einer Einwohnerzahl von 120.000!

Seit dem Ende des Jugoslawienkrieges 1995 sind auf Druck der Weltbank/der EU viele Betriebe privatisiert worden. Diese wurden meist unter Wert an ausländische Konzerne verkauft, welche diese bewusst bankrott gewirtschaftet haben, um zum einen „Schwarzgeld“ zu waschen und zum anderen die Gebäude mit Gewinn zu verkaufen. Dies natürlich alles ohne Rücksicht auf die Jobs, die dadurch verloren gegangen sind. Dadurch beträgt die Arbeitslosenquote in Bosnien heute mehr als 44%, die Jugendarbeitslosigkeit liegt sogar bei 60%! In vielen Betrieben wurde monatelang kein Gehalt gezahlt, in Tuzla beispielsweise ganze 50 Monate (!) lang nicht. Viele Menschen müssen monatlich mit einem Durchschnittslohn von 420 €, bei ähnlichen Lebenshaltungskosten wie in Westeuropa, leben. Jeder Fünfte lebt unterhalb der Armutsgrenze.

Und gegen diese Lebensbedingungen gehen zurzeit alle zusammen, Arbeitende, Studenten, Rentner und Arbeitslose, auf die Straße. Sie protestieren mit dem Slogan „50.000 auf den Straßen für ein besseres Morgen“ und fordern eine Zurücknahme der Privatisierungen, eine Begrenzung des Gehaltes der Politiker und Arbeit und Sozialversicherung für alle! Hierbei wurden Regierungsgebäude besetzt und Straßen blockiert. Anstatt auf die mehr als berechtigten Forderungen der Demonstranten einzugehen, antwortet die Regierung jedoch mit Gewalt. Allein in den ersten beiden Tagen der Proteste wurden mehr als 130 Menschen in Tuzla verletzt...

Gemeinsam kämpfen!

Die heutige Staatsstruktur wurde durch das Dayton-Abkommen 1995 besiegelt. Es beschloss u.a. die Aufteilung der neuen Staatsgrenzen, die politische Abhängigkeit zur UNO/EU und wie das Regierungssystem auszusehen hat, ohne die sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen. So leben in Bosnien beispielsweise mehrere Nationalitäten - Kroaten, Serben und bosniakischen Muslime - nebeneinander. Seit vielen Jahren herrscht hier ein blutiger Kampf zwischen ihnen, welcher von den Regierenden und der EU nur zu gerne genutzt wird um die wahren

Probleme zu vertuschen und sie hinter der Karte des Nationalismus und der Spaltung zu verstecken.

Doch dieses Mal bleiben die Proteste weder auf eine einzelne Bevölkerungsgruppe, noch auf Regionen beschränkt. Mittlerweile wird in 33 bosnischen Städten, wie Sarajevo, Zenica, Bihac oder Mostar gemeinsam gekämpft. Ein beeindruckendes Beispiel des gemeinsamen Kampfes ist Mostar, wo Kroaten und Serben gemeinsam demonstriert haben, obwohl es hier seit dem Ende des Krieges immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen gekommen ist. In diesen Tagen werden statt nationalistischer Parolen, Sprüche wie „Tod dem Nationalismus“ verbreitet. Viele Menschen haben in dieser Situation erkannt, wer ihr wahrer Gegner ist. So werden Parolen gegen Konzernbesitzer und Politiker gerufen, wie: „Genug von den Aasgeiern!“ oder „Diebe, Diebe!“.

Die Rolle der EU

Mit dem Abschluss des Dayton-Abkommens sicherte sich auch die EU ihre Position im Balkangebiet. So hat sich die EU einen Staat geschaffen, der Macht was sie will, denn bis heute haben die ehemaligen jugoslawischen Staaten keine eigenständige politische Souveränität. Der 1995 von der EU eingesetzte „Friedensimplementierungsrat“ kann bosnische Institutionen aufheben, Repräsentanten des Landes entlassen oder selbstständig Gesetze einführen. Das führt nur zu deutlich vor Augen, dass die bosnische Regierung nicht mehr als eine Marionette der EU ist. Zudem hat sie jahrelang die Privatisierung und Arbeitslosigkeit vorangetrieben und somit die Konflikte verschärft. Auch sind immer noch NATO-Truppen im Balkangebiet stationiert, um den „Frieden“ zu sichern. Deswegen ist es auch kein Wunder, dass Valentin Inzko, der Vorsitzende des „Friedensrates“ überlegt, mit den Truppen jetzt einzurücken. Aber natürlich nicht, um den Frieden zu sichern, sondern um die sozialen Proteste niederzuwerfen!

Die sozialen Probleme sind für alle dieselben

Viele der Menschen in Bosnien haben erkannt, dass die sozialen Probleme, wie Hunger und Armut, für alle Teile der Bevölkerung dieselben sind. Ihr Elend wird durch Unternehmer und korrupte Politiker verursacht, die weder „nationale“ noch „ethnische“, sondern nur ihre eigenen Interessen verfolgen, indem sie privatisieren, korrumpieren und den anderen Bevölkerungsgruppen die Schuld für die sozialen Probleme in die Schuhe schieben. Vielleicht sind die heutigen Proteste der Anfang einer Bewegung, die den Nationalismus, der die Menschen auf dem Balkan schon so oft in eine blutige Sackgasse geführt hat, überwindet und dagegen die Solidarität der Ausgebeuteten und Betrogenen setzt.

Von Kollegen für Kollegen...

Keine Wahl wie jede andere

Zu dieser Betriebsratswahl werden sich so viele KollegInnen zur Wahl stellen wie noch nie. Allein das zeigt, dass dies keine Wahl wie in vergangenen Jahren ist. Die Situation am Standort Berlin ist so ernst wie noch nie. Das ist spätestens seit dem letzten Interessenausgleich jedem klar. Gut wäre jetzt zu diskutieren, was notwendig ist, um weiteren Stellenstreichungen entgegen zu treten. Vielleicht ist auf den Listen der eine oder andere Kollege dabei, der nicht bereit ist, jede Schweinerei aus der Chefetage zu unterschreiben. Aber dabei sollte uns allen klar sein, dass solche Kollegen nur so stark sind, wie sie von uns allen unterstützt werden. Interessensvertretung funktioniert nur, wenn wir alle unsere Interessen vertreten.

Kontrolle ist gut – Masse ist besser

Wieder ein paar Arbeitsplätze gespart indem einige Kontrollen in der P-VIP abgebaut werden. Die KollegInnen werden dazu angetrieben, die Stückzahlen zu erhöhen. Anscheinend ist es für Osram preiswerter, Ausschuss und damit Müll zu produzieren, als Produkte die etwas taugen.

Nepper, Schlepper, Bauernfänger

Manche Osram-Chefs entwickeln derzeit ziemlich miese Tricks, um KollegInnen abzuschieben. Da erzählen sie einem, sein Platz solle wegfallen. Nachdem es in einer anderen Abteilung nicht klappte, stellten sie ihn vor die Alternative – Glaswerk oder Kündigung. Im Glaswerk angekommen, musste er sehen, dass sein ehemaliger Platz doch noch existiert – reingelegt! Mal ehrlich, wer würde von solchen Hütchenspieler – Chefs guten Gewissens einen Gebrauchtwagen kaufen?!

Sand in die Augen streuen

Osram wirbt für die Arbeit im Glaswerk. Doch gerade die Arbeit als Sandmann ist ein nicht zu unterschätzender Knochenjob. Die Gelenke und Knochen werden in Mitleidenschaft gezogen – dafür gibt es ein paar Groschen mehr am Tag. Früher haben zwei Leute pro Schicht die Arbeit erledigt. Heute steht man alleine da. Schwierige Arbeit ist alleine doppelt Scheiße.

Wichtig und unwichtig

Bei den Arbeitsbedingungen im Glaswerk ist ein funktionierender Wasserspender wirklich wichtig – zumindest für die KollegInnen, die da arbeiten. Nicht so für die Verantwortlichen – die lassen das auch gern mal vierzehn Tage schleifen, wenn was

nicht hinhaut. Aber wenn was mit dem Sand oder am Ofen klemmt – hui, da wird aber rotiert...

Minusstundenabbau? Habt euch nicht so!

In der NAV sollten die KollegInnen, wegen einer Versammlung, eine halbe Stunde früher zur Arbeit kommen. Alle dachten sich, es werden dabei Minusstunden abgebaut. Nicht aber ihr Chef, der dreist meinte, dass die KollegInnen sich doch nicht so haben sollten, wenn sie früher kommen müssen. Die KollegInnen, die sich dagegen gewehrt haben, konnten dann doch Minusstunden abbauen.



Ziemlich schmerzfrei

Die Osramführung feiert sich ja mächtig für ihre Erfolge. Dabei haben sie es doch wirklich drauf, im gleichen Atemzug den Quartalsgewinn von 112 Millionen Euro *und* die Senkung der Dividende auf Faktor 5,5 zu verkünden. Natürlich verbunden mit heißem Dank an alle Kollegen – für den wir uns nun wirklich nichts kaufen können.

Womit wir uns so abfinden sollen

Dieser Tage gab es noch einen Nachtrag zum ehemaligen Siemens Chef Peter Löscher, der letztes Jahr gegangen wurde. Im Geschäftsbericht hieß es noch, er bekäme „bescheidene“ 17 Millionen Euro Handgeld auf den Weg. Denkste – jetzt kam raus, dass ihm satte 30 Millionen nachgeschmissen werden. Wenn man das mal mit dem vergleicht, was die KollegInnen bekommen, die über den Interessenausgleich bei Osram rausgedrängt werden – dann kann man gar nicht so viel fressen, wie man kotzen möchte... Dabei war der Kerl nicht mal einen Bruchteil der Zeit bei Siemens wie die meisten der KollegInnen, die er vor die Tür gesetzt hat!

Wenn du willst, dass der „Zünder“ alle Kolleginnen und Kollegen gut informiert, dann hilf dabei!
flugblatt_osram@gmx.de, www.sozialistische-arbeiterstimme.org

V.i.S.d.P. Florian Sund, Schmarjestaße 17, 14169 Berlin